

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(101. - öffentliche - Sitzung am 9. April 2026)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Situation bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Asylbewerbern**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU vom 27. März 2026 zu und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

3. **Zukunftsfeste Verfassungsschutzarbeit gewährleisten - freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) im Lichte der aktuellen Rechtsprechung des BVerfG weiterentwickeln**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/9255](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

4. **Rückführungsmanagement optimieren - Sekundärmigrationszentren in Niedersachsen umgehend einrichten**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9257](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort.

5. **Straftaten im digitalen Raum wirksam und nachhaltig bekämpfen - vorsorgliche Speicherung von IP-Adressen endlich gesetzlich normieren**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9900](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

6. **Freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen - Instrumente der wehrhaften Demokratie entschlossen nutzen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/9916](#)

dazu: **Eingaben 01300/02/19, 01654/02/19, 01654/02/19-001, 01654/02/19-002, 01742/02/19**

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

7. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/9622](#)

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes, der Niedersächsischen Kommunalwahlordnung und des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/9623](#)

Der Ausschuss führt eine Anhörung durch. Anhört werden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- LAG der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen e. V.
- Niedersächsischer Dachverband der Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien e. V.
- Fakultät für Management und Recht der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
- Landesjugendring Niedersachsen e. V.
- Institut für Staatsrecht, Verfassungslehre und Rechtsphilosophie der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg
- Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin
- Direktor des Amtsgerichts Bielefeld
- Niedersächsischer Landeswahlleiter

8. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss bespricht Terminangelegenheiten.